
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 07.09.2021

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtrat Weber, Vorsitzender des Finanzausschusses, eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste.

Gegen die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung werden keine Einwendungen vorgebracht.

Er stellt im Weiteren die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** informiert über die Nachreichung einer dringend durch den Finanzausschuss zu beschließenden Beschlussvorlage.

Es handelt sich dabei um die BV/365/2021/V-40 – Beschaffung von CO2-Ampeln für alle öffentlichen Schulen der Stadt Dessau-Roßlau (Maßnahmebeschluss). Diese Maßnahme wird zu 100 % durch das Land gefördert. Die Zwischenfinanzierung erfolgt durch die Stadt (außerplanmäßige Ausgabe) in Höhe von 195.000 EUR.

Die Beschlussvorlage wurde den Mitgliedern des Ausschusses vor Beginn der Sitzung ausgereicht.

Der **Ausschussvorsitzende** erfragt die Zustimmung der Ausschussmitglieder zur Beratung und Beschlussfassung über die genannte Beschlussvorlage als Ergänzung zur vorliegenden Tagesordnung und bittet um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

Der **Finanzausschuss** stimmt der Beratung und Beschlussfassung der BV/365/2021/V-40 – Beschaffung von CO2-Ampeln für alle öffentlichen Schulen der Stadt Dessau-Roßlau (Maßnahmebeschluss) und somit der Ergänzung der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu.

Die Beschlussvorlage wird unter dem Tagesordnungspunkt 7.8 beraten.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

3 Genehmigung der Niederschriften vom 22.06.2021; Umlaufverfahren vom 08.07.2021 und Umlaufverfahren vom 18.08.2021

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschriften des Finanzausschusses der Sitzung am 22.06.2021, des elektronischen Umlaufverfahrens am 08.07.2021 und des schriftlichen Umlaufverfahrens am 18.08.2021 zur Abstimmung.

1. Niederschrift vom 22.06.2021
2. Niederschrift vom 08.07.2021
3. Niederschrift vom 18.08.2021

Abstimmungsergebnis:

zu 1. 6/0/1

zu 2. 5/0/2

zu 3. 5/0/2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der **Ausschussvorsitzende** informiert über nichtöffentliche Beschlüsse des Finanzausschusses.

In nichtöffentlicher Sitzung des Finanzausschusses am 22.06.2021 wurde die Vorlage BV/171/2021/V-40 – Übernahme der Ausfallkosten im freigestellten Schülerverkehr ungeändert mit 8/0/0 ungeändert beschlossen.

In den Umlaufverfahren am 08.07.2021 und 18.08.2021 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde

Der **Ausschussvorsitzende** informiert darüber, dass für die Einwohnerfragestunde eine Anmeldung vorliegt.

Bevor der **Ausschussvorsitzende** dem Bürger das Wort erteilt, nimmt er Bezug auf seine Bitte an das Rechtsamt zu prüfen, ob die Bekanntgabe des Namens der Bürger in der Einwohnerfragestunde tatsächlich gegen den Datenschutz verstoße, zum einen weil die Einwohnerfragestunde in öffentlicher Sitzung erfolge und die Stadträte wissen sollten, ob es sich um einen Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau handle. Er erfragt, ob eine diesbezügliche Prüfung durch das Rechtsamt erfolgt sei. Wenn dem nicht so sei, dann erneuert er seine Bitte um Prüfung dieses Sachverhaltes durch das Rechtsamt.

Er erteilt dem Bürger das Wort.

Die Ausführungen/Anfragen des Bürgers sind im Folgenden wörtlich dargestellt.

„Zum Finanzausschuss am 22.06. sollte laut Öffentlicher Bekanntmachung die Frage zur Einwohnerfragestunde bis zum 22.02.2021 beim Finanzdezernat eingereicht werden. Dies wurde bekanntgegeben in einem Aushang vom 15.06.2021 und auch im Ratsinformationssystem. Dies wurde auch von den Stadträten bei der Bestätigung der ordnungsgemäßen Einladung so bestätigt. Ich gehe davon aus, dass die Einladung dem entspricht, was im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Bestätigt man mir ja im Moment dauerhaft. Des Weiteren ist anzumerken, dass ich rechtzeitig Fragen eingereicht hatte. Dieses ist am 01.02.2021 rechtzeitig geschehen. Ich persönlich hatte die Anfrage gerne noch mal geändert nach dieser langen Zeit und im Besitz dann einer Tagesordnung. Das durfte man nicht. Die Fragen waren im Hochwasserausschuss abzugeben, zu senden an das Sekretariat Brandschutz Dessau-Roßlau. Den Bürger interessiert es nicht, warum er Monate vorher einreichen muss und dass noch bei einem anderen Ausschuss. Wichtig ist aber, dass er dies getan hat. Weil es wurde ja plötzlich am 15.06. gefordert, bis zum 22.02. einzureichen, was prinzipiell ja sonst überhaupt nicht machbar oder möglich ist. 4 Monate vorher eine Frage, also mit, also eine Frage 4 Monate später einzureichen, keine Ahnung wie das gehen soll. Der Bürger hat jede Forderung erfüllt, nur fragen darf er trotzdem nicht. Hier scheinen 2 Fehler der Verwaltung aufgetreten zu sein. Als Konsequenz darf derjenige, der alles richtig gemacht hat, dann nicht mehr fragen. Ich hatte ein persönliches Vortragen vorgeschlagen, die Mikrofone waren auch extra ausgeteilt worden. Es wird aber konsequent abgelehnt, obwohl die Technik bereit lag. Wie konkret verhält sich hier der Sachverhalt? Warum darf der Bürger nicht fragen?“

Frau Bürgermeisterin Nußbeck greift die erste Anfrage auf und verweist darauf, dass dem Bürger bekannt sei, dass es sich bei dem Termin in der Öffentlichen Bekanntmachung um einen Schreibfehler gehandelt habe. Dafür habe sich die Verwaltung entschuldigt und im Übrigen durfte der Bürger selbstverständlich seine Fragen stellen.

Bei dem Schreibfehler handelte es sich um den Termin der Abgabe der Fragen in schriftlicher Form im Finanzdezernat. Statt des 22.06.2021 war der 22.02.2021 vermerkt. Da dieses Datum bereits in der Vergangenheit lag, hätte man daraus schließen können, dass es sich um einen Schreibfehler handelt, der im Übrigen noch vor Beginn der Sitzung des Finanzausschusses korrigiert wurde, d. h. die Öffentliche Bekanntmachung wurde auf den Hinweis des Bürgers am 21.06.2021 korrigiert.

Es folgen weitere Ausführungen des Bürgers zu diesem Thema, die nicht als Fragestellung vorgebracht wurden.

Der **Ausschussvorsitzende** macht gegenüber dem Bürger deutlich, dass die entscheidende Aussage zu diesem Thema sei, dass unter Pandemiebedingungen die Sitzungen des Finanzausschusses als Videokonferenz stattfanden und die Anfragen für die Einwohnerfragestunde schriftlich gestellt werden sollten, was auch der Öffentlichen Bekanntmachung entnommen werden konnte.

Eine weitere Anfrage des Bürgers bezieht sich auf eine Beschlussvorlage der Sitzung des Finanzausschusses am 22.06.2021. Es handelt sich hierbei um die Beschlussvorlage 207/2021/IV-41 – Maßnahmebeschluss für die Neuerwerbung des Mobiliars im Lesesaal sowie in der Kinderbibliothek in der Stadtbibliothek Dessau, Zerbster Straße 10:

„Um wieviel Regale, Tische und Sitzmöbel handelt es sich konkret zu welchem Preis? Lt. Beschlussvorlage sollte über die Möbel im Lesesaal in der Kinderbibliothek entschieden werden. Die angestrebte Neuausstattung besteht zum größten Teil aus Standardregalen und weiter aus verschiedenen Sitzmöbeln, Tischen, Lampen und Sonstiges. Im Lesesaal ist erst ein neues Lichtkonzept eingebaut worden entsprechend den Umweltaspekten. Also, da wird man kaum etwas brauchen lichtmäßig gehe ich davon aus. Standardregale und Sitzmöbel für 140.000 EUR. Ich bin öfters im Lesesaal. Dort gibt es rund 20 Sitzmöglichkeiten, Stapelstühle, die sind noch relativ neu, und vier Regale, wobei bei den Stühlen schon die Internetplätze mit berücksichtigt sind. Der Großteil der Stühle steht gestapelt am Rand und nicht nur wegen Corona. Mehr ist nicht möglich wegen Regalen. In der Kinderbibliothek gibt es rund 30 Regale, teilweise 1 Meter breit und 1,50 Meter hoch, kindgerecht. Tische, Stühle aus Platzgründen in der Ecke gestapelt. Geht man von rund 80 zu beschaffenden Teilen aus, ist man bei einem Durchschnittspreis von 1.750 EUR pro Stuhl, pro Tisch, Regal u. ä. Bei diesem Anbieter kostet der billigste Stapelstuhl, ein Holzschalensitz und 4 Metallbeine, 118 EUR. Ich habe im Internet extra nachgeschaut. Man kann aber auch völlig problemlos 200 EUR für einen Stuhl ausgeben. Ich persönlich lese oft in der Bibliothek. Man benötigt einen Stuhl zum Sitzen und das auch für Kinder. Für 140.000 EUR kann man ein Einfamilienhaus kaufen. Wir wollen Regale und Tische und Stühle kaufen. Ich persönlich unterstütze auf jeden Fall den Tausch von Regalen und Sitzmöbel. Der Preis ist so nicht zu verantworten.“

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt an den Bürger gerichtet, dass eine schriftliche Begründung der Beschlussvorlage beigelegt habe.

Er habe jetzt auch noch dazu gesagt, welchen Vergleich er ziehe. An die Verwaltung gerichtet erfragt der **Ausschussvorsitzende**, ob diese nochmals zur Notwendigkeit der Beschaffungskosten heute Stellung nehmen oder ob diese Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Maßnahmebeschluss handele, d. h. noch nicht das Ergebnis der Ausschreibung. Was es tatsächlich kosten werde, könne man erst nach Abschluss der Ausschreibung sagen.

Unter Verweis auf die Anfrage des Bürgers erklärt der **Ausschussvorsitzende**, dass der Bürger aus seiner Sicht dargestellt habe, dass die Beschaffung dieses Mobiliars auch kostengünstiger möglich sei. Insofern frage er nochmals nach, ob eine Aussage möglich wäre, warum die Vorbereitung der Ausschreibung zu solch erheblichen Preisen gekommen sei.

Direkt kann diese Nachfrage durch die Verwaltung nicht beantwortet werden. Aus diesem Grund erfolgt eine schriftliche Beantwortung durch das Fachamt.

Der **Ausschussvorsitzende** ergänzt informativ, dass es dem Rechnungsprüfungsamt obliege, die Marktüblichkeit der Preise zu prüfen und insofern eine Kontrolle erfolge. Der **Ausschussvorsitzende** erklärt weiter, dass die fachliche Erörterung im Kulturausschuss erfolge, der für die inhaltliche Ausgestaltung zuständig sei. Der Finanzausschuss habe die finanzielle Seite zu prüfen und ob die Mittel angemessen verbraucht werden.

Weitere Anfragen werden nicht vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat Eichelberg erfragt den Stand des Beginns der Testphase „kostenloser ÖPNV für Kinder und Schüler“.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass die Geschäftsleitung der DVV mbH in der vergangenen Dienstberatung des Oberbürgermeisters das Umsetzungskonzept vorgestellt habe. Es wurde dargelegt, dass hierfür zusätzliche Gelenkbusse geleast werden müssen, um den voraussichtlich zusätzlichen Bedarf vor allem in den frühen Morgenstunden absichern zu können. Der Beginn der Testphase sei für den 04.11.2021 mit einer Laufzeit von 3 Monaten festgelegt.

Herr Stadtrat Eichelberg erfragt im Weiteren, wie die Testphase kommuniziert werden solle. Insbesondere denke er hier an die Bewerbung dieses Vorhabens in den Schulen und Einrichtungen durch beispielsweise Information über die Medien.

Weiterhin erfragt er, inwieweit und in welchem Zeitraum eine Auswertung der Testphase im politischen Raum erfolgen solle.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass entsprechend der Darstellung der DVV mbH in der Oberbürgermeisterdienstberatung eine Regelung über die Ausgabe der Schülerfahrkarten erfolgen solle. Dazu ist es erforderlich, dass ein weitaus größeres Kontingent beim Land beantragt werden müsse. Bisher wurden 2.000 Schülerfahrkarten ausgegeben. Die DVG mbH wolle dann über die Ausgabe dieser Schülerfahrkarten den Bedarf ableiten. Ob dies eine tatsächlich belastbare Zahl sei, könne aus derzeitiger Sicht nicht abgeschätzt werden, da die Anzahl der ausgegebenen Schülerfahrkarten nicht der Beleg für eine tatsächliche Inanspruchnahme dieses Angebotes sei. Dies müsse die Politik mit der DVG mbH betrachten und diskutieren. Weitere Informationen insbesondere zur Bewerbung dieses Angebotes seien ihr nicht bekannt.

Frau Stadträtin Ehlert erfragt vor dem Hintergrund der demnächst stattfindenden Haushaltsberatungen den Stand der Abarbeitung der Anträge und Prüfaufträge aus den Haushaltsberatungen 2020 und 2021. Im Weiteren bittet Sie um Zureichung des aktuellen Umsetzungsstandes bei den Investitionen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass die Zusammenstellung der Umsetzung der Anträge und Prüfaufträge in Vorbereitung sei. Ebenso in Vorbereitung sei die Quartalsanalyse zum 30.07.2021, der eine aktuelle Übersicht über den Umsetzungsstand bei den Investitionen beigefügt werde.

Herr Stadtrat Weber informiert unter Bezugnahme auf einen Antrag des Ortschaftsrates Mosigkau zur Förderung eines besonderen Ortsjubiläums darüber, dass die beantragten Mittel in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen wurden, was er sehr begrüße. Er habe auch in Erfahrung gebracht, dass bezüglich dieses Themas durch die Verwaltung ein Beschluss vorbereitet werde, der eine generelle Regelung im Umgang mit der Förderung besonderer Jubiläen der Ortschaften vorschlagen werde.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bestätigt die Vorbereitung eines Beschlusses zur künftigen Förderung besonderer Veranstaltungen. Dazu werde ein entsprechendes Regularium erarbeitet, welches eine Förderung und auch die Höhe der Förderung besonderer Veranstaltungen der Ortschaften festlegt.

Weitere Anfragen und/oder Mitteilungen werden nicht vorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/323/2021/I-OB

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.2 Entscheidung über Annahme von Spenden und Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 23.02.2021 - 14.06.2021
Vorlage: BV/250/2021/IV-ATD**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.3 Beschaffung von sechs Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur für das Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Abt. Stadtordnungsdienst
Vorlage: BV/104/2021/I-KM**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.4 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges 20/16 (HLF 20/16) über Verpflichtungsermächtigung 2021 für die Freiwillige Feuerwehr Rodleben**

**Die Beschlussvorlage wird nach der Behandlung in der OB-DB am 31.08.2021 nachgereicht
Vorlage: BV/301/2021/I-09**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.5 Verlängerung der steuerpolitischen Unterstützungsmaßnahmen (Liquiditätshilfen) zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfung des Corona-Virus bis 31.12.2021**
Vorlage: BV/282/2021/II-20

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.6 Beschaffung eines Fahrzeugs für die Bekämpfung von Vegetationsbränden (Tanklöschfahrzeug) für die Freiwillige Feuerwehr Meinsdorf**
Vorlage: BV/201/2021/II-37

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.7 1. Novellierung zum Gesamtmaßnahmebeschluss**
Neubau einer 2-Feld-Sporthalle in der Damaschkestraße (Walter-Gropius-Gymnasium)
Vorlage: BV/307/2021/III-65

Herr Stadtrat Frisch stellt fest, dass es sich hierbei um die erheblich teurere Variante, also die tiefer gelegte Variante handele. Er erfragt, ob dies unbedingt erforderlich war.

Zur inhaltlichen Erläuterung und Beantwortung der Fragen wird **Frau Ellenberger, Amtsleiterin Zentrales Gebäudemanagement**, das Wort erteilt.

Frau Ellenberger erläutert, dass der entsprechende Beschluss ihres Wissens nach bereits mit dem Maßnahmebeschluss Ende September 2020 gefasst wurde. Dem voraus gingen natürlich auch die entsprechenden städtebaulichen Prüfungen, d. h. wie dies mit dem UNESCO-Welterbe „Laubenganghäuser“ in Einklang gebracht werden könne. Dies habe u. a. auch dazu geführt, dass der Stadtgestaltungsbeirat die Eingrabung der Sporthalle empfohlen habe.

Frau Ellenberger stimmt zu, dass die Teuerung erheblich sei. Jedoch haben auch die aktuellen Entwicklungen auf den Baupreismärkten mit dazu beigetragen. Zudem wurden Bauteiländerungen vorgenommen, die in Verbindung mit der Einhausung der Treppenhäuser stehen und auch Änderungen im haustechnischen Bereich die Hei-

zungsanlage betreffend, was ebenfalls zur Teuerung beigetragen habe. Man habe natürlich auch diese Preissteigerungen im Vergleich mit anderen Ausschreibungen.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass er sich seinerzeit ebenfalls der Variante der Tieferlegung angeschlossen habe, trotz der Tatsache, dass der Finanzausschuss immer auf den sparsamen Umgang mit finanziellen Mitteln bedacht sei. Jedoch waren städtebauliche Gründe, ästhetische Gründe, aber auch psychologische Gründe für die Entscheidung ausschlaggebend. Er betont, dass es sich um eine sehr bewusste Entscheidung der Stadträtinnen und Stadträte für diese Variante, obgleich sich zu diesem Zeitpunkt bereits die Entwicklung auf den Baupreismärkten abzeichnete.

Herr Stadtrat Präger macht deutlich, dass es bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag ausschließlich um den finanziellen Aspekt und nicht um die Variantenentscheidung gehe.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6/0/1

7.8 Beschaffung von CO2-Ampeln für alle öffentlichen Schulen der Stadt Dessau-Roßlau (Maßnahmebeschluss) **Vorlage: BV/365/2021/V-40**

Der **Ausschussvorsitzende** weist an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass die vorliegende Beschlussvorlage als Ergänzung zur Tagesordnung genommen wurde. Die Ausschussmitglieder haben dem einstimmig zugestimmt.

Zur Beantwortung etwaiger Anfragen ist Herr Wegener, amt. Amtsleiter Schulverwaltungsamt, anwesend.

Herr Stadtrat Eichelberg stellt die notwendige Entscheidung nicht in Frage. Er hinterfragt jedoch, warum diese Beschlussvorlage als „Tischvorlage“ zur Entscheidung vorgelegt werde und ob es triftige Gründe dafür gebe, warum dieses Verfahren so gewählt wurde.

Herr Wegener führt aus, dass bis zum 31.07.2021 das Umweltbundesamt immer noch von stationären Lüftungsanlagen sprach. Danach gab es die Entscheidung für mobile Lüftungsanlagen. Ähnlich verlief die Entscheidung auch bei den CO2-Ampeln, d. h. man habe bis Ende Juli über deren Sinnhaftigkeit diskutiert. Insofern lagen erst Anfang August die schriftlichen Willensbekundungen zur Förderung vom Bund und vom Land vor. Eine entsprechende Förderrichtlinie gebe es bis jetzt aber noch nicht. **Herr Stadtrat Eichelberg** bringt nochmals seine Verwunderung darüber zum Aus-

druck, dass die Beschlussvorlage nicht im ordentlichen Sitzungsdurchlauf beraten wurde. Hintergrund der Nachfrage sei, dass seitens der Bundes- und auch Landespolitik kommuniziert wurde, dass den Kommunen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Wegener führt diesbezüglich aus, dass die Verwaltung tatsächlich erst in den letzten 14 Tagen in die Lage gesetzt war, den entsprechenden Beschluss vorzubereiten.

Herr Stadtrat Präger erfragt den Zeitplan bis zur Anschaffung der Geräte. **Herr Wegener** führt aus, dass für die Beschaffung gesonderte Verfahren möglich seien und dass man gemeinsam mit der Vergabestelle das Verfahren zur zeitnahen Beschaffung der Geräte abstimme.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6/1/0

Der **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 17:35 Uhr.

Dessau-Roßlau, 07.10.21

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführer